

369



Der Freiheits- kämpfer

Organ der Kämpfer für
Österreichs Freiheit

72. Jahrgang – Nr. 67 – März 2023

**Generalmajor
Matthias Johann Gruber**

**HR Dr. Herbert Crammer
verstorben**

**Gemeinsame
Gedenkveranstaltung
Mahnmal Reichenau**

Geheime Staatspolizei

Geheimes Staatspolizeiamt

Berlin SW 11, den
Prinz-Albrecht-Straße 8

IV C 2 – Haft Nr. 2771/3527/4og

Schutzhaftbefehl

get. Heydrich



verblaubigt:
[Handwritten signature]
Registrierungsassessor

Worte des Chefredakteurs

Das Jahr 2023 begann leider mit dem Tod eines unserer ältesten Mitglieder, dem wir einen würdigen Nachruf widmen. Damit finden sich in dieser Ausgabe zwei umfangreiche Biographien von Österreichern, die sich im Widerstand engagierten. Damit diese Biographien auch einen weiteren Bekanntheitsgrad erreichen, konnte ich mit dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes vereinbaren, dass dieses unsere Artikel – zumindest in den für sie relevanten Auszügen – auf der Homepage des DÖW in der

Personendatenbank verwendet. So ist ein weiterer Schritt getan, das Leben und die Verdienste unserer Mitglieder sichtbar zu machen und zu würdigen.

Auch 2023 erwarten uns wieder zahlreiche Veranstaltungen, auf die wir in unserem Terminkalender aufmerksam machen. Aus Kärnten und Tirol erreichten uns Berichte über Gedenkveranstaltungen, die auch mediales Echo fanden, was uns natürlich immer besonders freut. Daher werden wir in dieser Ausgabe diese Artikel als „Presse-

splitter“ veröffentlichen und damit zeigen, dass unsere Kameradschaft in der Öffentlichkeit sehr wohl und wohlwollend wahrgenommen wird. Besten Dank an Tirol und Kärnten, wir freuen uns über Nachrichten auch aus den anderen Bundesländern.

In der aktuellen Academia erschien ein äußerst interessanter Beitrag von Dr. Gerhard Hartmann zur politischen Situation in der Ersten Republik, den wir dankenswerterweise ebenfalls veröffentlichen können.

Und unser Obmann Dr. Norbert Kastelic berichtet über eine in Arbeit befindliche Neugestaltung des Weiheraumes im Wiener Landesgericht. Dieser wird am 29. April unter Beisein von Justizministerien Dr. Alma Zadic eröffnet werden, Details dazu finden sich im Terminkalender.

Euer
Mario Strigl



Generalmajor Matthias Johann Gruber

Matthias Gruber wurde am 24. Juni 1886 als Sohn eines Ottakringer Fleischermeisters in Wien geboren und trat nach Absolvierung der Artilleriekadettenschule in Traiskirchen in die k.u.k. Armee ein. Beim Feldkanonenregiment Nr. 13, bei dem er als junger Offizier Dienst tat, wird er wie folgt beschrieben: „Fester, ehrenhafter Charakter, heiteres Gemüt, ruhiges Temperament. Charakterisiert sich durch konstantes Streben nach Vermehrung seiner Kenntnisse und seiner vielseitigen Verwendbarkeit. Wird in jeder Hinsicht jedes Jahr besser.“

Im 1. Weltkrieg diente er zuletzt als Hauptmann beim Feldartillerieregiment Nr. 133 und wurde unter anderem mit dem Orden der Eisernen Krone 3. Klasse mit Kriegsdekoration ausgezeichnet. Bereits mit 4. Februar 1919 kam Gruber als Stabshauptmann zur Depotwache des deutsch-österreichischen Staatsamtes für Heereswesen. 1920 wurde er in das Österreichische Bundesheer übernommen und fand auch hier bei verschiedenen Artillerieeinheiten Verwendung.

1934 zum Oberstleutnant befördert, wurde er 1936 zum Kommandanten der 1. Abteilung des Leichten Artillerieregiments Nr. 2 ernannt. In jeder Hinsicht konnte Gruber auf eine ausgezeichnete Dienstlaufbahn als Offizier blicken, 1938 sollte ihm aber sein politisches Engagement zum Verhängnis werden: als Bundesobmann bzw. Präsident des Österreichischen Wehrbundes.

Der bürgerliche „Wehrbund, nichtpolitische Gewerkschaft der Heeresangehörigen Österreichs“ wurde am Beginn der Ersten Republik als Gegenstück zum sozialdemokratischen Wehrverband errichtet, um den starken sozialdemokratischen Einfluss im österreichischen Bundesheer zurückzudrängen. Mit dem Leitspruch „Die Politik ist nicht viel wert, die lassen wir den ändern! Soldat sein! ist es, was uns ehrt, stark bleiben und nicht handeln!“ gab man sich unpo-

litisch, was sich vor allem in den 1930er Jahren ändern sollte. 1935 erfolgte die Umbenennung in „Vereinigung christlicher Angehöriger der bewaffneten

Front wurde der Vereinszweck wie folgt definiert: „Die Vereinigung hat die Aufgabe: die österreichische, vaterländische Gesinnung zu vertiefen, die Mitglieder in wirtschaftlicher, geistiger und sittlicher Beziehung zu fördern“. Der Wehrbund wurde zu einer Fachkörperschaft im Berufsstand der Öffentlichen Bediensteten im Beamtenbund, Matthias Gruber der „Kameradschaftsführer“ und wichtiger Vertreter der Interessen der ständestaatlichen Regierung im Bundesheer.

Aufgrund dieser politischen Funktion wurde Gruber, wie alle höheren Funktionäre der Vaterländischen Front, nach dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht mit 15. März 1938 als Führer des Wehrbundes diskriminiert und in den dauernden Ruhestand versetzt.

Am 15. Juni 1938 wurde Matthias Gruber frühmorgens nach einer Hausdurchsuchung



Macht Österreich (Wehrbund)“ bzw. „Kameradschaft der Angehörigen der bewaffneten Macht“. Im Sinne der Vaterländischen

Geheime Staatspolizei
Geheimes Staatspolizeiamt
IV C 3 – Haft Nr. 2771/3527/496

Berlin SW 11, den 10. Oktober 1940
Dietrich-Heinrich-Strasse 8

Schutzhaftbefehl

Nachname: Gruber Matthias
Geburtsort und -ort: 24.6.1886 Wien
Beruf: Oberstlt.u.D., Versicherungsbeamter.
Familienstand: verheiratet
Staatsangehörigkeit: ÖR
Religion: röm.kath.
Haar (bei Tätowierungen anzugeben):
Wohnort und Wohnung: Wien, VIII., Gumpelgasse 59
wird in Schutzhaft genommen.

Gründe:
Er – Sie – gefährdet nach dem Ergebnis der staatspolizeilichen Feststellungen durch sein – ihr – Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates, indem er – sie – dringend verdächtig ist, sich für eine Organisation zum Nachteil des Deutschen Reiches zu betätigen.

St. H. P. d. E. ...
[Stempel: 10. Oktober 1940]

[Unterschrift]

6. St. Th. 101 a

erstmalig durch die Geheime Staatspolizei (Gestapo) in Haft genommen. Wegen „fortgesetzter Bekämpfung des NS-Regimes“ sollte er für ein Jahr nach Dachau eingewiesen werden. Während seiner Einvernahme erschien ein Beamter der Gestapo, der mit Gruber bei der Artillerie in Kaiserebersdorf gedient hatte. Dieser sollte gegen Gruber aussagen und bestätigte zwar, dass Gruber nie Nationalsozialist doch „der am sozialsten denkende und handelnde Offizier“ des Bundesheeres gewesen sei. Gruber wurde in der Folge nach einer Verwarnung durch den Chef der Gestapo entlassen.

Nach dem am 8. November 1939 in München versuchten Attentat auf Adolf Hitler wurden Gruber und seine Frau Hilde

schon am Tag darauf nach einer Hausdurchsuchung wegen Hoch- und Landesverrat verhaftet und ins Gestapo-Gefängnis Metropol im 1. Wiener Bezirk gebracht. Ende November in das Polizeigefängnis Wien IX Rossauerlände verlegt, konnten trotz wiederholter Kreuzverhöre keine Beweise erbracht werden. Die Anklage wurde fallen gelassen und die Haft am 23. Dezember 1939 beendet. Gruber trat in der Folge der österreichischen Freiheitsbewegung – Widerstandsgruppe Dr. Lederer bei und fand Arbeit als Versicherungsbeamter.

Am 12. September 1940 wurde Gruber durch die Gestapo an seinem Arbeitsplatz verhaftet, in seine Wohnung gebracht und nach einer Haus-

durchsuchung ins Metropol eingeliefert. Der von Reinhard Heydrich gezeichnete Schutzhaftbefehl vom 18.10.1940 führt dazu aus: „Er gefährdet nach dem Ergebnis der staatspolizeilichen Feststellungen durch sein Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates, indem er dringend verdächtig ist, sich für eine Organisation zum Nachteil des Deutschen Reiches zu betätigen.“ Am 20. Dezember 1940 dem Volksgerichtshof ausgeliefert, war Gruber bis 8. Juli 1941 im Landesgericht Wien II, dann bis 11. November 1941 im Zuchthaus in Anrath (wodurch er auch zum nach 1945 konstituierten „Anrath-Kreis“ zu zählen ist) und schließlich bis 25. Jänner 1943 in der Haftanstalt in Duisburg-Hamborn,

gemeinsam mit Roman Scholz, Hubert Wingelbauer und Jakob Kastelic, inhaftiert. Nach 30 Monaten in Gefängnissen konnte er nach Wien zurückkehren, 25 Monate davon hatte er in Einzelhaft verbracht.

In Duisburg-Hamborn wurde Gruber wie viele seiner Mitgefangenen mit Ruhr infiziert, 28 Gefangene erlagen der Seuche, hauptsächlich aus Mangel an Medikamenten und Unterernährung. Mit Folgezuständen der Ruhr, einem Gallensteinleiden und einer schweren Schädigung des Herzmuskels musste er sich zurück in Wien zweimal wöchentlich am Polizeirevier melden und wurde überdies von einem Kriminalbeamten des Kommissariats XVIII Kloster-gasse überwacht. Am 23.

November 1944 fand schließlich die Hauptverhandlung wegen Vorbereitung zum Hochverrat im Wiener Justizpalast statt, Gruber wurde von einem Senat des Volksgerichtshofes unter Vorsitz Dr. Reindl zu zwei Jahren Kerker verurteilt – die wegen seiner langen Haft als verbüßt galten.

Nach Kriegsende wurde Matthias Gruber in der Abteilung 5 L (Personal) in der Staatskanzlei, Abteilung B Heereswesen (später Heeresamt) verwendet, am 23.06.1945 dem Rechtsbüro zugeteilt und mit der Durchführung der Sonderbestimmungen für Wehrmachtsangehörige des Verfassungsgesetzes vom 8. Mai 1945 über das Verbot der NSDAP (Verbotsgesetz) betraut – d.h. Maßnahmen zur Entnazifizierung der ehemaligen Militärpersonen und Wiedergutmachung. Am 13. November wurde er zum provisorischen Leiter der Heeresamtsstelle Niederösterreich ernannt. Am 4. Dezember 1945 erfolgte die Rehabilitierung von Gruber durch den Unterstaatssekretär für Heereswesen Franz Winterer, der politische Kabinettsrat ernannte ihn mit Wirksamkeit vom 27. April 1945 zum Generalmajor. Nachdem das Heeresamt auf Weisung des Alliierten Rates aufgelöst und Anfang Jänner 1946 aufgeteilt wurde, fand Gruber eine Anstellung im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, in dem er bis zu seiner Pensionierung 1951 als Hofrat Dienst versah. Schon vier Jahre später, am 14. November 1955, verstarb er nach langem schweren Leiden.

Abschließend sei erwähnt, dass die Enkelin des Generalmajors Matthias Gruber, Viktoria Gruber, im Jahr 1993 den Enkel des Widerstandskämpfers und 1944 hingerichteten Dr. Jakob Kastelic, Mag. Alexander Kastelic, ehelichte.

„Gott hat uns noch einmal die Gelegenheit gegeben, das Land zu retten“

Wie Österreich in ein autoritäres System schlitterte

Die Ereignisse ab 1932/33 in Österreich und in Deutschland liefen fast wie in einer antiken Tragödie ab, zu deren Kennzeichen neben der Schicksalhaftigkeit auch ein gewisses Maß an Ratlosigkeit gehört. Bei den deutschen Reichstagswahlen im September 1930 wurde die NSDAP zweitstärkste Partei, verpasste hingegen zwei Monate später den Einzug in den österreichischen Nationalrat. Verschiedene Umstände, vor allem wirtschaftlicher Natur, verliehen den Nationalsozialisten weitere Schubkraft, so dass sie bei den Reichstagswahlen Ende Juli 1932 stärkste Partei wurden.

1932 gab es Landtagswahlen in Wien, Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg, bei denen die NSDAP zwischen 10,5 und 20,8 Prozent erhielt. Das war zwar ein deutlicher Erfolg, aber bei weitem nicht so wie im Deutschen Reich. Der Vormarsch der Nationalsozialisten zeigte sich auch in der Studentenschaft, in der seit jeher die Deutschnationalen dominierten. Ab Herbst 1932 wurde ihr Terror auf den Universitäten immer stärker.

Während in Österreich die Jahre nach 1918 noch von einem Antagonismus zwischen den beiden Lagern „Rot“ und „Schwarz“ geprägt war, kristallisierte sich nun ein solcher zwischen nunmehr ungefähr drei gleich starken Lagern heraus. Die Regierung unter Bundeskanzler Engelbert Dollfuß sah sich nun

Wahltag Hitlers in Österreich!

Samstag, den 23. April 1933, brachten die Gemeinderatswahlen in Innsbruck den Willen des deutschen Volkes in Österreich in folgendem Ergebnis zum Ausdruck:

Nationalsozialisten	15.000 Stimmen	41%	im Jahre 1931: 1.200	daher Gewinn 13.800
Christlichsoziale (Völkler)	9.300 Stimmen		früher 8.853	Verlust 543
Sozialdemokraten (Lamar)	9.932 Stimmen		früher 12.043	Verlust 2.111

Großdeutsche, Bündendub und sonstige Spalterparteien wurden überhaupt aufgeschrieben und erhielten zusammen nur mehr 1627 Stimmen!

Die N.S.D.A.P. (Hitlerbewegung) wurde also die weitaus härteste Partei. Die sozialdemokratische Jugendfront hat unter Vernachlässigung der höheren Wahlberechtigung rund ein Drittel ihrer Wähler verloren. Und die Regierungspartei des Herrn Bundeskanzlers Dollfuß wurde, noch dazu im schwarzen Wahlkreis, zur schwächsten Partei überhaupt!

Vollgenossen! Diese Zahlen zeigen deutlich die Stimmung, aber auch die unhaltbaren Zustände in Österreich!

Während die weitaus schwächste Partei, die Christlichsoziale Partei des Herrn Bundeskanzlers, die Regierungsmacht in Händen hat, ist die härteste und größte Partei, die N.S.D.A.P. (Hitlerbewegung), durch die fortgesetzte Verhinderung von Neuwahlen nicht einmal im Nationalrat vertreten. Damit ist der größte Teil des österreichischen Volkes vollkommen ausgeschlossen. Mehr verbietet die Diktatorien der Regierung zu schreiben! — Deshalb fordern wir auch nur den einen Appell:

an das österreichische Volk

richten:

Vollgenossen! Sei nun doch noch ehrlich und antwortet dem, fordert mit uns sofortige Wahlung des Nationalrates und sofortige Ausübung der Neuwahlen!

Und eine ehrliche, gerechte Regierung erfüllt diese Forderung des österreichischen Volkes im Interesse der Ruhe und Ordnung, zum Nutzen des Wiederaufbaus unserer Wirtschaft und im Namen der Gerechtigkeit!

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)

Sieg! Sieg!

Deutschland ist erwacht!

Und Österreich?

Darüber spricht am

Mittwoch

8. März

20 Uhr

Das Mitglied des neuen Reichstages
Landesinhabler

Theo Habicht

in der **Industriehalle**

Statten Hörsaal! Schulstraße 40 Graz; Schulstraße 20 Graz; Hauptplatz gegen Rathaus bei. Reformierte Kirche von 40 Graz bei 1. Söding.

Veranstalt: Kaufmann Hannes, Ringstraße, u. Hauptplatz/Wallstraße, Postfachstraße 21.

Organisator und Leiter: N.S.D.A.P., Landesleitung, D. Habicht, beim Frau. Postfachstraße 21. (Halle) Döcker-Bauer-Druckerei, R. G. Weg.

in einem „Zweifrontenkrieg“, bei dem Terroranschläge der Nationalsozialisten an der Tagesordnung waren.

Parteiobmann der Christlichsozialen Carl Vaugoin, dem Klubobmann Karl Buresch und dessen Stellvertreter Leopold Kunschak zu einer Aussprache, bei der man sich einigte, für einige Zeit ohne Parlament zu regieren, bis eine neue Verfassung verabschiedet worden sei. An diesem Sonntag fanden im Deutschen Reich Reichstagswahlen statt, bei denen die Regierung Hitler bestätigt wurde.

Die erste entscheidende Sitzung mit Bundeskanzler Dollfuß fand am Dienstag, dem 7. März, statt, an der u. a. Buresch, Kunschak, Ramek, der spätere Bundeskanzler Kurt Schuschnigg und Vaugoin teilnahmen. Aus dem Protokoll geht deutlich hervor, dass den Anwesenden die Gunst der Stunde durch die Selbstausschaltung des Parlaments durchaus bewusst war. So betonte der ehemalige Vizekanzler Richard Schmitz: „Gott hat uns noch einmal die Gelegenheit gegeben, das Land zu retten.“

Das Jahr 1933 begann am 8. Januar mit der Aufdeckung der „Hirtenberger Waffenaffäre“, am 1. März streikten die Eisenbahner gegen die Gehaltszahlung in Raten. Schließlich traten bei der Nationalratssitzung am Samstag, dem 4. März, in einer Art Kurzschlussbehandlung die drei Präsidenten, darunter der Christlichsoziale Rudolf Ramek, wegen eines Formfehlers bei der Abstimmung zurück. Die damalige Geschäftsordnung kannte keine Lösung, wie der Nationalrat von sich aus wieder handlungsfähig werden konnte.

Bereits am Sonntag, dem 5. März, kam es zwischen dem

Wegen des Wahlerfolges der NSDAP war man sich im Klaren, dass Neuwahlen unmöglich gewesen wären. Daher einigte man sich rasch auf die dann eingeschlagene Vorgangsweise: ein vorläufiges Weiterregieren ohne Nationalrat, bei einem Weiterbestehen des Bundesrates und der verfassungsmäßigen Organe der Länder. Dollfuß verwies bei dieser Gelegenheit auch auf die bereits deutlichen Auswirkungen der deutschen Wahlen auf Österreich durch eine verstärkte Agitation der NSDAP.

Welche verfassungsrechtlichen Möglichkeiten hätte es

gegeben, um aus dieser Situation herauszukommen? Aus Sicht von Ludwig Adamovich, des langjährigen Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes, hätte die Bundesregierung durch Anträge beim Bundespräsidenten aktiv werden können. Sie hätte gem. Art. 29 Abs. 1 B-VG die Auflösung des Nationalrats und damit Neuwahlen herbeiführen können. Aber das wäre einem politischen Selbstmord gleichgekommen. Relativ einfach wäre auch eine Notverordnung des Bundespräsidenten nach Art. 18 Abs. 3 B-VG gewesen, mit der eine Lücke in der Geschäftsordnung des Nationalrats hätte geschlossen werden können. „Beides hat die Bundesregierung unterlassen, weil sie offenkundig mit der Situation durchaus zufrieden war“, so Adamovich.

Am 23. April fanden Gemeinderatswahlen in Innsbruck, der viertgrößten Stadt Österreichs, statt. Die NSDAP erhielt 41 Prozent, die Großdeutschen wurden fast aufgerieben. Die Sozialdemokraten verloren gegenüber 1929 15,6 und die Christlichsozialen 7,1 Prozent. Auch wenn es damals noch keine wissenschaftlich fundierten Meinungsumfragen gab, brauchte man nicht viel Phantasie zu haben, um sich auszurechnen, wie das Ergebnis von Nationalratswahlen ausgesehen hätte. Aus diesem Grund hat die Regierung am 10. Mai beschlossen, vorerst bis 31. Oktober 1933 sämtliche Wahlen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene auszusetzen.

Doch inzwischen vollzog sich in der Folge des am 24. März 1933 erlassenen Ermächtigungsgesetzes im Deutschen Reich der Prozess der Gleichschaltung und der Installierung der nationalsozialistischen Diktatur. Zudem war Hitler entschlossen, binnen kurzer Zeit die „österreichische Frage“ zu lösen, also das Land „gleichzuschalten“.

Das alles blieb der österreichischen Regierung nicht verborgen und beeinflusste deren Entschlüsse und Handeln. Aber, so Helmut Wohnout, „in der Binnensicht der österreichischen Historiographie wurden gerade diese Entwicklungen im Übergang von der Weimarer Republik zum Diktaturstaat Hitlers [...] oft nur am Rande oder gar nicht berücksichtigt. [...] Es gab keinen ‚Masterplan‘, nach dem

die Regierung Zug um Zug vorgegangen wäre. Vielmehr verhielt es sich wie mit einem Schneeball, der von einer ursprünglich noch relativ begrenzten Verfassungsreform zu einer diktatorischen Lawine anschwell.“

Wenn man den Ursachen der Vorgänge der Jahre 1933/34 in Österreich sowie den außen- wie innenpolitischen Gegebenheiten

nachgeht, so gerät man konsequenterweise in eine politische wie moralische Ratlosigkeit. Es wäre ein bedeutsamer Schritt, sich vom „Österreichischen Historikerstreit“ über diese Zeit abzusetzen, wenn man sich diese Ratlosigkeit eingesteht. ■

Dieser Artikel erschien erstmals in der „Academia“ Nr. 1/2023, überarbeitet MS.



Volkspartei
Innere Stadt

Den Opfern von Krieg und Gewalt gedenken!



MI. 15. MÄRZ 2023
BEGINN UM 18:00 UHR
HEILIGE MESSE IN DER
MICHAELERKIRCHE
MICHAELERPLATZ 5, 1010 WIEN

Im Anschluss an die Heilige Messe findet ein kurzes Gedenken an die Verfolgten und Ermordeten beim „Dachauer-Kreuz“ in der Kapelle statt.

Danach Kranzniederlegung an der Stelle des ehemaligen Philipphofes auf dem Albertinaplatz mit Gedenken an die Opfer des Krieges.

Die Gedenkworte spricht **Dr. Edgard Haider**. Er studierte Zeit-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Wien. Bis 2009 arbeitete er als Redakteur beim ORF Radio. Er hat mehrere Bücher zur Geschichte Wiens veröffentlicht.

Eine Veranstaltung gemeinsam mit der ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich.

Anmeldung unter innere-stadt@wien.oevp.at
Für die Volkspartei Innere Stadt


BV MMag. Markus Figl
 Bezirksparteiobmann

WARUM GEDENKEN?

Am 12. März 1945 kam es zum schwersten Luftangriff auf Wien. Hunderte Menschen flüchteten in den vermeintlich sicheren Luftschutzkeller unter dem Philipphof und wurden schließlich dort verschüttet. Aus Respekt vor den rund 300 Opfern, von denen bis heute viele unter dem Platz be-

graben liegen, wurde dort nicht mehr gebaut. An dieser Stelle befindet sich heute ein Ort der Erinnerung. „Uns geht es dabei nicht nur um den Blick zurück, sondern um den Auftrag für kommende Zeiten. Denn nur wer seine Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft“, so BzPO MMag. Markus Figl.

HR Dr. Herbert Crammer †

Eines unserer ältesten Mitglieder, HR Dr. Herbert Crammer, verstarb am 12. Jänner dieses Jahres. Unser Obmann Dr. Norbert Kastelic hatte ihn letztes Jahr noch im Altersheim anlässlich seines 100. Geburtstags besucht. Herbert Crammer war eines der jüngsten Mitglieder des Anrather-Kreises und stieß als Schüler gemeinsam mit seinem Bruder Walter zur Gruppe Dr. Roman Scholz, Augustiner Chorherr von Stift Klosterneuburg.

Geboren am 18. November 1922 in Geras in Niederösterreich trat er mit sechs Jahren in die Volksschule Neulengbach ein, wo sein Vater am dortigen Bezirksgericht als Richter tätig war. Im Jahre 1928 kam dieser an den neu geschaffenen Jugendgerichtshof Wien und die Familie übersiedelte 1930 nach Klosterneuburg. Dort besuchte er die Stiftsschule bzw. das Gymnasium, das er 1940 mit der Matura abschloss. Tragischer Weise war sein Vater kurz nach dem Einmarsch der Nationalsozialisten am 18. März 1938 in seinem Arbeitszimmer von einem Kindesvater, der sich wegen des Sorgerechtes ungerecht behandelt fühlte, erschossen worden.

Herbert Crammer, Mitglied der Vaterländischen Jugend und des MKV, war wie sein Bruder Walter dem neuen Regime gegenüber sehr skeptisch und fand bald Gleichgesinnte in der Gruppe Scholz. In einem Interview beschrieb er die frühen Tage der Bewegung: „Neben den schulischen Kontakten war es so, daß Scholz dann auch schon 1938 außerhalb der Schule sogenannte Bibelstunden abgehalten hat. [...] Wir haben im Stift [Klosterneuburg] einen Raum zur Verfügung gehabt, und dort hat er jede Woche oder jede zweite Bibelstunde gehalten, hat also die Bibel erklärt. Das war eine rein bibelkundliche, rein religiöse Veranstaltung, aber auch in einer sehr freien und lockeren Form, also anders, als das früher war. Bei dieser Gele-

genheit haben wir ihn natürlich auch näher kennengelernt. [...] Und dann, eines Tages, wußten wir auch, daß er eigentlich der Chef einer Widerstandsgruppe ist oder daß er sie jedenfalls mit ins Leben gerufen hat. [...] Ich weiß aber nicht genau, wann uns bewußt wurde, daß Scholz eine maßgebende Rolle spielte. Wir sollten es ja offiziell auch gar nicht wissen. Die ganze Organisationsform dieser Freiheitsbewegung ist halt leider nicht richtig eingehalten worden. Da sollten sogenannte Dreiergruppen die kleinsten Einheiten sein, die sich dann fortsetzen in Reihen und in Hundertschaften. Und immer sollten nur einer oder zwei voneinander wissen, also klassische Modelle der konspirativen Tätigkeit. Wie gesagt, so genau ist es bei uns nie gegangen. Wir haben genau gewußt, der gehört dazu und der gehört dazu.“

Seine Tätigkeit im Widerstand beschreibt Crammer wie folgt: „Vielleicht das Markanteste war, daß wir, das war allerdings schon 1939, also nach Kriegsbeginn, daß wir Flugblätter erzeugt haben. Ich hab' nicht einmal eine Schreibmaschine oder sonst etwas gehabt. Ich habe mir hier in Wien in der Spielwarenhandlung Kober am Graben einen Setzkasten gekauft, einen richtigen Spielsetzkasten, und wir haben dann mit diesen relativ harmlosen und primitiven Mitteln Flugblätter gemacht. Scholz hat uns verschiedene Texte gesagt, das sind mehr oder weni-

ger gelungene Sätzchen gewesen: ‚Nieder mit den Nazi-Bonzen. Wir wollen Frieden und Freiheit.‘ Dessen entsinne ich mich sehr wohl. ‚Österreicher, was wollt ihr? Frieden und Freiheit oder Hunger und Hitler?‘ Das war also auch sehr nett: ‚Wir brauchen keinen Krieg, wir brauchen keinen Sieg, nur a schöne Hitlerleich und a schönes Österreich.‘ – ‚Hinaus mit den Preußen, wir wollen keine Kolonie sein. Österreich den Österreichern.‘“

Nach der Matura wurde Crammer zum Reichsarbeitsdienst eingezogen. Nach dessen Ableistung wurde er nach seiner Rückkehr nach Verrat der Gruppe Scholz durch den Burgschauspieler Otto Hartmann am 27. August 1940 gemeinsam mit seinem Bruder Walter durch die Gestapo verhaftet und verblieb bis Anfang 1941 im Polizeigefängnis Rossauerlande. Sein Bruder Walter erzählte von den Ereignissen im Frühjahr 1941:

„Wir sind aber dann im Frühjahr 1941 – die ganze Gruppe von uns, wir waren ja über 200 Verhaftete, damit zweifellos eine der stärksten Gruppen des Widerstandes – nach Deutschland hinaus transportiert worden, nach Anrath bei Krefeld, in das Männerstrafgefängnis. [...] In Erinnerung ist Anrath nur als die Hungerburg mit ungeheizten Betonzellen, schlechtestem Essen und einer Abgeschiedenheit, die der von Toten auf Friedhöfen gleicht. Wir haben dort ca. ein Jahr verbracht. Ich war damals in einer Zelle, so wie alle Zellen sind; fünf mal drei Meter, nur hat's dort gar kein Wasserklo 'geben, sondern dort ist man, wie in den meisten deutschen Gefängnissen, noch auf Kübeln gegangen, was die Sache natürlich nicht erleichtert hat.“



Infolge seines jugendlichen Alters entließ man Herbert Crammer 1943 als Minderbelasteten zur Bewährung zur Wehrmacht. Als Infanterist kam er nach Russland, wurde verwundet und lag in mehreren Lazaretten. Im Februar 1944 fand seine Gerichtsverhandlung wegen Hochverrats statt, das Urteil lautete zwei Jahre Haft, die durch seine fast dreijährige Haft als verbüßt galt.

Im Frühjahrssemester 1945 begann Crammer mit dem Medizin-Studium, wechselte aber schon nach einem Semester zu Rechts und Staatswissenschaften, um 1949 zum Dr. iur. zu promovieren. Noch im Sommer 1949 erfolgte der Eintritt in den Konzeptsdienst der Bundespolizeidirektion Wien. Nach verschiedenen Kommissariaten wurde er Sekretär des Polizeivizepräsidenten und im Herbst 1955 übernahm er die Leitung des Bezirkskommissariates Penzing. Im Sommer 1967 wurde er zum Polizeidirektor von Eisenstadt bestellt. Ab Spätherbst 1970 war er wieder in Wien tätig, bis Ende 1978 als Vorsitzender der Disziplinarkommission bei der Bundespolizeidirektion Wien und ab 1979 als Senatsvorsitzender der Disziplinarkommission beim Bundesministerium für Inneres.

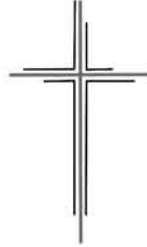
Herbert Crammer war seit Kriegsende Mitglied des Anrather Kreises und engagierte sich auch in unserer Gesinnungsgemeinschaft, unter anderem als Vorstandsmitglied des Wiener Landesverbandes, und wurde noch 2022 mit der Ludwig Steiner Medaille ausgezeichnet. **MS** ■

SUNT LACRIMAE RERUM

VERGIL

PAX OMNIUM RERUM TRANQUILLITAS ORDINIS

HL. AUGUSTINUS



TRAURIG GEBEN WIR NACHRICHT, DASS

WIRKL.HOFRAT DR.

HERBERT MARIA CRAMMER

TRÄGER DES GOLDENEN EHRENZEICHENS FÜR VERDIENSTE UM DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

AM DONNERSTAG, DEN 12. JÄNNER 2023 FRIEDLICH ENTSCHLAFEN IST.

DIE VERABSCHIEDUNG FINDET AM
MITTWOCH, DEN 1. FEBRUAR 2023, UM 14.30 UHR
IN DER STIFTSKIRCHE KLOSTERNEUBURG STATT.

JOLANDA ZENI CRAMMER

CATERINA UND FLORIAN REICH-ROHRWIG

FERDINAND, VICTORIA, LEOPOLD, MAGDALENA UND VALERIE REICH-ROHRWIG,
PAULA UND LUISA BODENSTEIN

DER LEIB VON ERDEN HER
WIRD WIEDERUM ZU ERDEN.
SAG, WEIL DIE SEEL´ VON GOTT,
OB SIE NICHT GOTT WIRD WERDEN?

ANGELUS SILESIVS

DIE URNENBEISETZUNG FINDET IM ENGSTEN FAMILIENKREIS STATT.

JOLANDA CRAMMER, GONZAGASSE 2/2/30, A - 1010 WIEN
DR.CATERINA REICH-ROHRWIG, SEEHOFMATT 4, CH - 6314 UNTERÄGERI.

JÄNNER 2023

Termine 2023

Gemeinsame Veranstaltungen der Arbeitsgemeinschaft der NS-Opferverbände und Widerstandskämpfer/innen

Freitag, 10. März 2023

Jährliche Gedenkkundgebungen zum Jahrestag der Annexion Österreichs

- 09.00 Uhr Amtshaus Floridsdorf (Gedenktafel Biedermann –
Huth – Raschke)
Am Spitz 1, 1210 Wien
(Sozialdemokratische Freiheitskämpfer/innen)
- 10.30 Uhr Weihestätte (ehemaliger Hinrichtungsraum) im
Landesgericht Wien
Landesgerichtsstraße 11, 1080 Wien
(ÖVP-Kameradschaft)
- 12.00 Uhr Gedenkstätte für die Opfer der Gestapo Wien
Salztorgasse 6
(Leopold Figl-Hof), 1010 Wien
(Wiener KZ-Verband)

Sonntag, 26. März 2023, ab 12:00 Uhr

Jährliches Gedenken an die Opfer des Massakers im Zuchthaus Stein an der Donau am 6. April 1945 sowie in Hadersdorf am Kamp am 7. April 1945

Kundgebung der Opferverbände auf dem Friedhof Hadersdorf (13:00-14:00 Uhr) sowie Beteiligung der Opferverbände an der Kundgebung der Stadt Krems auf dem Friedhof Stein (ab 15:00 Uhr) und beim Griechendenkmal vor der Justizanstalt, anschließend stilles Gedenken vor den beiden Gedenksteinen im ersten Hof der Justizanstalt.

Abfahrt des Busses vom Praterstern/Ecke Heinestraße
12:00 Uhr, Rückkehr nach Wien vor 18:00 Uhr

Donnerstag, 30. März 2023, ab 14:00 Uhr

80 Jahre Hinrichtung von Schwester Restituta und der Brigittenauer Straßenbahner

Die Kundgebung beginnt vor der Gedenktafel für Helene Kafka, 1200 Wien, Denigasse 24, um 14:00 Uhr. Marsch durch die Denigasse, vorbei am Grossmann-Hof (benannt nach dem als Mitglied der französischen Résistance ermordeten Oskar Grossmann) und Plocek-Hof (benannt nach einem der hingerichteten Straßenbahner, Johann Plocek). Abschluss vorm Straßenbahnhof Wexstraße.

Die Hartmann-Schwester laden im Anschluss an unsere Gedenkkundgebung zu einer religiösen Gedenkfeier im Hinrichtungsraum des Landesgerichts ab 17:00 Uhr ein.

Freitag, 31. März 2023, um 10:00 Uhr

Jährliche Gedenkkundgebung Westbahnhof

(Erster Dachau-Transport 1. April 1938) vor der Gedenktafel bei den Glastüren zu den Bahnsteigen

Freitag, 29. April 2023, um 13:30 Uhr

Landesgericht Wien: Eröffnung des neugestalteten Vorraums der Hinrichtungsstätte

Veranstaltung im Großen Schwurgerichtssaal mit
BM f. Justiz, Dr. Alma Zadić.

Sonntag, 7. Mai 2023

Jährliche Befreiungsfeier Mauthausen

(Autobusmitfahrmöglichkeit)

Freitag, 3. November 2023, ab 9:00 Uhr

Jährliche Gedenkkundgebungen zum Andenken an die Opfer im Kampf gegen die NS-Diktatur

- 09:00 Uhr Floridsdorf / Am Spitz
(verantwortlich: Soz. Freiheitskämpfer)
- 10.30 Uhr Landesgericht / Hinrichtungsraum
(verantwortlich: ÖVP-Kameradschaft)
- 12:00 Uhr Salztorgasse / Morzinplatz
(verantwortlich: KZ-Verband)

Samstag, 11. November 2023, 11:00 Uhr

Gedenkkundgebung für die ermordeten Roma und Sinti Lackenbach.

KZ-Verband organisiert Bus der Arbeitsgemeinschaft.

Weitere interessante Veranstaltungen/
Kundgebungen, die nicht von der ARGE
veranstaltet werden:

Montag, 27. März 2023

Busfahrt ab Praterstern – **Gedenkfahrt nach Engerau/
Petržalka** zur Erinnerung an die Opfer des Todesmarschs am
29. März 1945 von Engerau nach Bad Deutsch-Altenburg.
Auskünfte: Claudia Kuretsidis-Haider
(kuretsidis@hotmail.com)

Samstag, 29. April 2023, 13.30 Uhr

LG Wien, Großer Schwurgerichtssaal – **Gedenkveranstaltung
zum 80. Jahrestag der Hinrichtung von 13 slowenischen
Widerstandskämpfern** aus Zell-Pfarre/Sele.
Auskünfte: LG-Präsident Fritz Forsthuber
(friedrich.forsthuber@justiz.gv.at)

Mittwoch, 25. Oktober 2023

LG Wien, **Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag der Hin-
richtung von drei griechischen Widerstandskämpferinnen.**
Auskünfte: LG-Präsident Fritz Forsthuber
(friedrich.forsthuber@justiz.gv.at)

Gemeinsame Kranzniederlegung am Mahnmal Reichenau

Erste gemeinsame Kranzniederlegung von Stadt Innsbruck, Kameradschaft der politisch Verfolgten und Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen am Internationalen Tag des Gedenkens am Mahnmal Reichenau. Innsbruck will neue Wege der Erinnerung und des Gedenkens bestreiten.

Nachdem in den letzten Jahren die Kameradschaft der politisch Verfolgten mit dem Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen die Kranzniederlegung vor dem Mahnmal für die Opfer des Arbeitserziehungslagers Reichenau am Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust organisierte, beteiligte sich heuer erstmals die Stadt Innsbruck an diesem Gedenkakt. Innsbrucks Bürgermeister Georg Willi, die Gemeinderäte Irene Heisz, Christoph Appler und Mag. Benjamin Plach, Landtagsabgeordnete Elisabeth Fleischanderl (Sozialdemokratische FreiheitskämpferInnen), Landesobmann Clemens Hornich (KPV), Präsident Günter Lieder (Israelitische Kultusgemeinde für Tirol und Vorarlberg) und Dr. Horst Schreiber von der Plattform erinnern.at nahmen teil.

Kollektive Verantwortung

„Nie wieder darf ein Weltbild toleriert werden, das Menschen die Menschlichkeit nimmt und in der kollektiven Grausamkeit des industrialisierten Massenmordes mündet. Niemand von uns ist dafür verantwortlich, was im Lager Reichenau geschehen ist. Aber jeder von uns ist dafür verantwortlich, dass so etwas nie wieder geschehen wird. Das ist die Verantwortung, der wir uns alle stellen und die wir alle tragen müssen. Gedenkakte wie die heutige Kranzniederlegung erinnern uns daran“, betonte Bürgermeister Georg Willi.

„Die zeitliche Distanz zu den historischen Ereignissen wächst, Zeitzeugen gibt es bald keine mehr. Wir müssen neue Formen des Erinnerns an historische Gräueltaten und der Wachsamkeit gegenüber aktuellen Formen des Rassismus und totalitärer Tendenzen finden. Der Innsbrucker Gemeinderat hat deshalb eine ExpertInnenkommission beauftragt, die Geschichte des AEL Reichenau aufzuarbeiten und Empfehlungen für eine Neugestaltung des Gedenkens vorzulegen. Wir werden diese Empfehlungen im Februar beschließen und hoffentlich sehr bald mit der Umsetzung eines neuen Gedenkortes beginnen“, erläuterte Irene Heisz,



Vorsitzende des Kulturausschusses und Leiterin der Kommission.

Christoph Appler erinnerte an die wichtige Rolle der Opferverbände: „Kranzniederlegungen sind wichtig für das Erinnern, aber sie erreichen oft die Herzen der Menschen nicht mehr. Dafür brauchen wir Persönlichkeiten und Organisationen, die, u.a. durch das Erzählen von Einzelschicksalen, die grauenhaften Verbrechen des



Bürgermeister Georg Willi (3. v. l.) Präsident Günter Lieder (m.) Landtagsabgeordnete Elisabeth Fleischanderl (2.v.r), Landesobmann Clemens Hornich (2.v.r), Landtagsabgeordneter und Gemeinderat Christoph Appler (r.) und Gemeinderat Benjamin Plach (l.) vor dem Mahnmal Reichenau.

NS-Regimes den Menschen näherbringen. Daher ist die Arbeit, welche die Organisationen wie die Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen und die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten leisten,

das Unrecht niemals zu vergessen – und es niemals wieder zuzulassen“, pflichtete Benjamin Plach bei.

Historischer Hintergrund

„Hinter den unfassbaren Opferzahlen stecken unzählige Einzelschicksale. Die Menschen in den Lagern wurden abstrahiert, auf Ziffern reduziert und grausam ermordet. Deshalb ist es umso wichtiger, ihnen die Menschlichkeit in der Erinnerung wiederzugeben. Uns der Menschen, die hier und anderswo gelitten haben, bewusst zu werden, die Namen hinter den Nummern zu nennen und ihre Lebenswege zu beleuchten“, erinnerte Günter Lieder im Rahmen der Kranzniederlegung. „Erinnern bedeutet, aktiv gegen das Vergessen zu kämpfen. Sich stets in Erinnerung zu behalten, welche Verbrechen im Namen der NS-Ideologie auch hier in Tirol begangen wurden und wer darunter leiden musste. Erinnern bedeutet, in diesem Bewusstsein zu denken und danach zu handeln“, erklärte Elisabeth Fleischanderl. ▶

unschätzbar wertvoll. Sie sind lebende Bollwerke gegen das Vergessen. Die Erinnerungskultur muss auch einen größeren Teil in der politischen Bildung einnehmen.“

„Wir danken der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und den Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen für ihre wichtige Arbeit, der wir uns als Stadt anschließen. Die heutige Kranzniederlegung steht symbolisch als Mahnung für

„Wir legen heute gemeinsam den Kranz nieder für alle, die unter dem Unrecht der NS-Diktatur gelitten haben. Wir dürfen die grausamen Verbrechen und das unbeschreibliche Leid der Opfer niemals vergessen. Im Lager Reichenau und an vielen anderen Orten wurden unschuldige Menschen inhaftiert, gefoltert und ermordet. Wir haben die Pflicht, ihr Andenken für alle Zeit zu bewahren“, unterstrich Clemens Hornich.

Der Historiker Horst Schreiber mahnte: „Aufarbeitung und Erinnerung sind Prozesse, die jede Generation aktiv von Grund auf durchmachen muss. Gelebte Erinnerungskultur bedeutet, Mahnmäler und Gedenkakte in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext der Erinnerung einzubetten – dazu braucht es stets historische Auseinandersetzung mit

den Verbrechen, angemessene Erinnerung an die Opfer, und ein Bewusstsein für die Verantwortung, dieses Unrecht nie wieder geschehen zu lassen.“

Lager Reichenau

Im „Arbeitserziehungslager Reichenau“ wurden zwischen 1941 und 1945 circa 8500 Menschen, darunter zahlreiche politische Gefangene, inhaftiert, gefoltert und zur Zwangsarbeit verpflichtet, 130 Menschen wurden dort nachweislich ermordet. Ein 1972 auf dem ehemaligen Gelände des Lagers in der Roßaugasse errichteter Gedenkstein erinnert als Mahnmal an die Opfer. ■

Quelle: meinBezirk.at
vom 27. Jänner 2023

Red. Georg Herrmann überarbeitet MS



Foto: Kärntner Volkspartei/Müller

Von links: Franz Quendler, Georg Lexer, Jana Politschar, Werner Drobesh, Martin Gruber, Markus Malle, Christian Bengler und Rudolf Dörflinger.



ÖVP-Kameradschafts-Obmann Franz Quendler

ordneter Johann Weber sowie die Landtagsabgeordneten Markus Malle und Christian Bengler anwesend.

Dr. Alois Karisch Gedenktafel wurde enthüllt

Bedeutendem Lavantaler wurde bei der Bezirkshauptmannschaft in Wolfsberg ein Denkmal gesetzt

WOLFSBERG. Auf Initiative der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner Österreichs wurde bei der Bezirkshauptmannschaft Wolfsberg eine Gedenktafel für Hofrat Alois Karisch enthüllt. Insgesamt haben sich

rund 30 Personen zum Festakt eingefunden. Neben Landesrat und ÖVP-Landesparteiobmann Martin Gruber waren zahlreiche Ehrengäste und Angehörige von Karisch, ÖVP-Kameradschafts-Obmann Franz Quendler, Nationalratsabge-

Lavant



Ein Lavantaler Gegner d

In Wolfsberg wird eine Gedenktafel für den Jurist, Politiker und KZ-Häftling Alois Karisch enthüllt, der im Zweiten Weltkrieg

Von Ulrike Greiner

Man muss sein Leben sehen in der Zeit vor 1945 und nach 1945“, sagt Franz Quendler, Obmann des Vereins „ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich“, über Alois Karisch. Heute ist der Jurist und Politiker nur mehr wenigen Menschen in Erinnerung, obwohl seine Biografie ebenso vielschichtig wie spannend anmutet.

Um Karisch aus dem Dunkel der Vergangenheit wieder ins Licht der Gegenwart zu holen, hat Quendler die Anbringung einer Gedenktafel bei der Bezirkshauptmannschaft in Wolfsberg initiiert, die morgen um 17 Uhr enthüllt wird. Alois

Bedeutende Rolle für Kärnten

Gruber betonte in seiner Rede die Bedeutung von Karisch für Kärnten: „Dr. Alois Karisch hat durch sein Wirken, in jeder politischen Funktion, die er inne hatte, das Lavanttal, viel mehr aber ganz Kärnten

ttal

Mittwoch, 21. September 2022

Kleine Zeitung
Mittwoch, 21. September 2022



Links:
In Tainach
gibt es den Dr.
A. Karischweg.
Rechts: Diese
Gedenktafel
wird in Wolfs-
berg enthüllt

GREINER, KIZ

Lavantaler und des NS-Regimes

Gedenktafel für Alois Karisch enthüllt. Der
Häftling war in Kärnten mit dem Aufbau
g zerstörten Infrastruktur intensiv betraut.



Ein Porträtfoto von Alois Karisch
zirka um 1947

such von Gymnasien in St. Paul und Klagenfurt studierte er in Wien und Graz Rechtswissenschaften und war danach in Klagenfurt, Villach und Wolfsberg als Richter tätig.

Bereits in jungen Jahren entwickelte er Interesse an der Politik und wurde noch während des Studiums Sekretär der Christlichsozialen Partei Kärntens. Später stieg er zum Landessekretär der Vaterländischen Front in Kärnten auf und trat als Sympathisant der 1941 gegründeten Antifaschistischen Freiheitsbewegung Österreichs (AFÖ) in Erscheinung. Die AFÖ hat ihre Wurzeln in Kärnten, umfasste aber rasch eine österreichweite Widerstandsgruppe aus dem katholisch-konserva-

tiv-bürgerlichen Lager gegen das nationalsozialistische Regime. Dieses Engagement Karischs blieb den Nazis nicht verborgen. Er wurde für ein Jahr im Konzentrationslager Dachau interniert. „Nach seiner Entlassung erhielt er Gauverbot und arbeitete bis 1945 bei einer Bau-firma in Wien, ehe er ins Lavanttal zurückkehrte. Dort wurde er mit Unterstützung der britischen Besatzer Bezirkshauptmann in Wolfsberg“, erzählt Quendler.

Es folgte eine bemerkenswerte politische Karriere. Karisch wechselte gleich nach der ersten Landtagswahl in der Zweiten Republik als Landesrat für das Bauwesen in die Kärntner Landesregierung und vertrat ab 7. November 1947 die ÖVP auch



als Landtagsabgeordneter. Eine solche Ämterverschlingerei wäre heute übrigens undenkbar. Als Landesrat war Karisch mit dem Aufbau der im Zweiten Weltkrieg zerstörten Infrastruktur intensiv betraut. „Dazu zählte der Wohnbau, für den er sich besonders einsetzte“, weiß Quendler. Von diesen Impulsen profitierte im hohen Maße auch der Bezirk Völkermarkt.

Die damalige Gemeinde Tainach ernannte Karisch zum Ehrenbürger. In der Stadt Völkermarkt gibt es eine Karischsiedlung, im Ort Tainach erinnert der Dr. A. Karischweg an den Lavantaler. Wie sehr Karisch auf der österreichischen Polit-Bühne geschätzt wurde, zeigt, dass man ihn zu den Staatsver-

tragsverhandlungen heranzog und als Mittelsmann nach Paris, London und Moskau schickte. Karisch gehörte bis 1956 noch den Landesregierungen von Hans Piesch und Ferdinand Wedenig an. Bis 30. März 1960 war er im Landtag tätig, danach kehrte der Jurist beruflich noch einmal als Bezirkshauptmann nach Wolfsberg zurück. 1966 trat er in den Ruhestand.

Karisch, der am 25. Feber 1986 in Wolfsberg verstorben ist, war mit Maria Friedl Auinger verheiratet, die schon 1954 verstarb. Er hatte zwei Söhne, die ebenfalls nicht mehr am Leben sind. Zwei Enkel, eine Enkeltochter und eine Urenkelin sind in der Steiermark ansässig. Sie haben ihr Kommen zum Festakt in Wolfsberg zugesagt.

mitgestaltet und geprägt. Er hat die Kraft, den Glauben und den Mut gehabt, für seine Überzeugungen zu kämpfen, auch in den dunkelsten Stunden seines Lebens. „In der Geschichte der Kärntner Volkspartei sowie des Kärntner Landtages nehme er eine bedeutende Rolle ein, so Gruber.

KZ-Überlebender und Politiker

Karisch wurde am 26. November 1901 in Jakling als Sohn einer Gastwirtsfamilie geboren. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde er in das KZ Buchenwald verschleppt. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs war er u.a.

Bezirkshauptmann von Wolfsberg und für die ÖVP Mitglied mehrerer Kärntner Landesregierungen sowie Mitglied des Kärntner Landtags. Er wurde mit dem Großen Silbernen Ehrenzeichen für die Verdienste um die Republik Österreich sowie dem Goldenen Ehrenzeichen für die Verdienste um das

Land Kärnten ausgezeichnet. Mit der Tafel im Eingangsbe-reich der Bezirkshauptmannschaft Wolfsberg soll Karisch ein ehrendes Andenken bewahrt werden. ■

Quelle: meinBezirk.at
vom 23. September 2022
Red. Daniel Polsinger

Landesgericht – Neugestaltung der Gedenkstätte

Am 8. Februar nahmen etwa 15 Personen verschiedener politischer Richtungen an einer vom Präsidenten des Landesgericht Wien, Mag. Friedrich Forsthuber, einberufenen Konferenz teil. Das Thema war die Neugestaltung des derzeitigen Weiheraumes im Erdgeschoss. Dieser soll nunmehr als Gedenkstätte der Nachwelt in renoviertem Zustand zur Verfügung stehen. Alle Opferverbände sind Herrn Mag. Forsthuber deshalb zu großem Dank verpflichtet.

Bis dato wurden in diesem Raum samt Vorraum und ehema-

liger Garderobe alle Fotos, Aufschriften und Hinweise abmontiert, um für die Maler- und Anstreicherarbeiten, welche zwischenzeitlich abgeschlossen sind, Platz zu machen.

In Zukunft soll die Ausstellung in Gedenklöcken präsentiert werden, wozu ein Grafiker Schriftmuster und Bildzeichnung vorgestellt hat. Die letztlich ausgewählten Texte werden kurz und prägnant gestaltet, um den Besuchern rasch einen Überblick zu gewähren. Eine Fertigstellung ist für das Frühjahr 2023 vorgesehen.

NK ■

Veranstaltung der ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich, Landesverband Wien:

GEDENKMESSE

in der Michaelerkirche am 15. März 2023

Die ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich, Landesverband Wien, feiert am Mittwoch, 15. März 2023 um 18:00 Uhr eine Messe in St. Michael, 1010 Wien, Michaelerplatz 5, zum Gedenken an all jene Kameradinnen und Kameraden, die für Österreich ihr Leben hingegeben haben oder inzwischen verstorben sind.

In Anschluss findet bei der Albertina eine Gedenkveranstaltung der ÖVP-Innere Stadt beim Philipphof statt.



Offenlegung

Medieninhaber: ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich (Kuratorium) **Vereinsgegenstand:** Zweck des Vereines ist insbesondere auch die Pflege und Festigung der Kameradschaft aller, die für Österreichs Freiheit gekämpft oder im Kampf gegen den Nationalsozialismus Leid und Verfolgung erlitten haben, die Pflege der pietätvollen Erinnerung an Kameraden, die für Österreich ihr Leben hingegeben haben, sowie Kampf gegen jede Diktatur, Klassen- und Rassenhass für Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Menschenwürde und Bekenntnis zu Österreichs Unabhängigkeit und seiner historischen Stellung in Europa. Der Verein ist ein der ÖVP nahestehender Verband (§ 1 Abs. 3 der Statuten). Er vertritt die Interessen seiner Mitglieder bei Behörden und anderen Organisationen, nimmt Einfluss auf legislative und soziale Maßnahmen für die Opfer des NS-Regimes, unterstützt deren Ansprüche und informiert nachfolgende Generationen. Der Verein nominiert weiters gem. § 17 Abs. 2 des Opferfürsorgegesetzes (OFG) BGBl 185/1947, idgF Vertreter in die beim Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz bestehende Opferfürsorgekommission, seine Landesverbände gem. § 11 c) OFG Mitglieder in die bei dem jeweiligen Amt der Landesregierung gebildete Rentenkommission. **Dem Vorstand gehören an:** Obmann Dr. Norbert Kastelic, Obleute-Stv. Matthias Denifl, Gabriele Wagner und Mag. Wolfgang Schwarz, Schriftführer RA Mag. Dr. Marcus Zimmerbauer, Kassier Mag. Franz Stabler. **Grundlegende Aufgabe der Zeitschrift** ist neben dem Bericht über die Aktivitäten des Vereines die Weitergabe von Information an die Öffentlichkeit und vor allem an die jüngere Generation über beweiskräftige Tatsachenberichte, sowie Beistellung von Akten, Dokumenten und sonstigen stichhaltigen Unterlagen, die geeignet sind, den großen Anteil Österreichs am Befreiungskampf Europas unwiderleglich zu erweisen.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Kuratorium der ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich, 1080 Wien, Laudongasse 16 Tel: 01/406 11 44, Fax: 01/401 43-350 Schriftleitung: Dr. Mario Strigl (MS) Mitarbeit: Dr. Norbert Kastelic (NK), Clemens Hornich **Fotos:** TT, Kleine Zeitung, BB Innsbruck, IKM, Herbert Crammer, Kärntner Volkspartei/Müller, ÖVP Innere Stadt, ÖVP-Kameradschaft, Kastelic, Strigl, **Satz/Umbruch:** Tanja Pichler, Wien **Druck:** druck.at

www.oevp-kameradschaft.at
office@oevp-kameradschaft.at